



EVP- Mitteilungen Köniz

Nr.1 Februar 2018

In dieser Ausgabe:

Grusswort

Interview mit
den Könizer EVP
Grossrats-
kandidaten

PC-Konto EVP
Köniz:
30-9087-8
IBAN:
CH06 0900 0000
3000 9087 8

Homepage EVP
Köniz:
www.evp-koeniz.ch

IMPRESSUM

Herausgeber:
EVP Kanton Bern
Nägeligasse 9
Postfach 2319
3001 Bern

Redaktion:
Christof Erne

Kontakt Ortspartei:
EVP Köniz
Denise Steinacher
Buschweg 6
3097 Liebefeld
d.baehler@hotmail.com

Grusswort



Liebe Freunde der EVP

Ein neues Jahr hat begonnen und damit in Köniz auch eine neue Legislatur. Nun wieder zu Dritt vertreten Katja, Bernhard und ich die EVP im Grossen Gemeinderat oder anders ausgedrückt im Parlament Köniz. Ich persönlich freue mich sehr auf diese Aufgabe und will dieses Privileg mit wachem Geist angehen. Die bereits stattgefundenen Kontakte finde ich vielversprechend und die erstarkte Mittefraktion wird einiges bewegen und vorwärtsbringen können zusammen mit den anderen Fraktionen.

In der Jahreslosung fürs 2018 der Herrenhuter Brüdergemeinde heisst es:

„Gott spricht: Ich will dem Durstigen geben von der Quelle des lebendigen Wassers umsonst.“ Offenbarung 21.6 Das tönt gerade für mich als Ökonom paradiesisch und es handelt sich um ein phantastisches Angebot, denn Gott will dem Bedürftigen das Notwendige in hoher Qualität grosszügig und erst noch gratis geben.

Ich als Privatperson spüre dem im Leben nach und mache immer wieder überraschende Entdeckungen. In der Politik und Gesellschaft mache ich die Erfahrung, dass Gott keine grosse Rolle spielt, das Angebot beschränkt und die Qualität oft mangelhaft ist. Zudem ist der Preis meist hoch und nicht der Bedürftige bekommt etwas, sondern derjenige, der sich wehrt und lobbyiert.

Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Gruss

Matthias Müller

Drei Fragen an unsere neun Kandidaten für die Grossratswahlen

Aus der EVP Köniz stellen sich neun Personen als Kandidaten für die Grossratswahlen vom 25. März zur Verfügung. Sie haben drei Fragen beantwortet, welche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen vertieften Einblick gewähren sollen, sowohl bezüglich politischer Verortung wie auch bezüglich der persönlichen Herangehensweise an aktuelle Herausforderungen. Lernen Sie die Könizer EVP-Kandidaten besser kennen und bereiten Sie damit Ihre Wahl für die Grossratswahl vor!

Welche Frage auf Stufe Kanton interessiert dich am meisten?

Bernhard Zaugg: Ich sah mich bisher eher als Generalist. Der intensive-
re Einblick in die Arbeit des Grossen

Rats rund um die Debatte zum „Belastungspaket“ 2018 hat mir jedoch deutlich gemacht, dass eine Gewichtung



Bernhard Zaugg: Meine Interessen liegen bei den KMUs und dem Gesundheitswesen

notwendig sein wird. Meine Interessen liegen bei den KMU's und dem Gesundheitswesen. Die Versorgungspflicht des Kantons gilt es entscheidend neu aufzugleisen.

Katja Niederhauser-Streiff: Momentan ist für mich auf Stufe Kanton das Gesundheitswesen mit der Spitalplanung sehr wichtig.

Matthias Müller: Wieso schafft es der Kanton Bern nicht, seine Verwaltung einzugrenzen und effizient zu gestalten?



Katja Niederhauser-Streiff: Die Revision der Altersvorsorge muss endlich gelingen

Patrik Locher: Als Chemiker bin ich besonders an Energiefragen und der langfristigen Versorgung durch erneuerbare Energiequellen interessiert. Einerseits auf der technischen Ebene, andererseits aber auch mit Blick auf die Gesellschaft und ihren stetigen Wandel. Wie kann die Politik zum nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt motivieren? Wo sind Regulationen nötig und wo ist es die persönliche Aufgabe jeder einzelnen Person, Massnahmen zu ergreifen und das eigene Verhalten zu reflektieren?

Denise Steinacher: Wie können wir tragende Strukturen schaffen, damit der Kanton Bern ein lebenswertes Umfeld für seine Bevölkerung und attraktive Bedingungen für die Wirtschaft bieten kann?

Elena Zink-Zaugg: Im Moment interessieren mich, aufgrund meines Studiums in Sozialer Arbeit, besonders Debatten bezüglich Sozialhilfe und deren Umsetzung. Dazu gehört auch die offene und ehrliche Diskussion über Armut in der Schweiz und wie diese auch durch wirtschaftliche und arbeitsmarktliche Veränderungen verstärkt wird.

Sven von Gunten: Bildung ist für mich ein sehr spannendes und wichtiges Thema, deshalb interessiere ich mich auch für die Umsetzung des Lehrplan 21 im Kanton. Meine Verlobte arbeitet in einer Schule, welche ab dem nächsten Sommer mit diesem Lehrplan arbeiten wird und ich bin gespannt, wie das aussehen wird.

Samuel Hilty: Wie erhalten wir die bislang hervorragende Bildung im Kanton Bern und wie können wir diese sogar noch verbessern?

Ich halte Bildung für eines der wichtigsten Standbeine der Schweizer und Berner Wirtschaft und bin deshalb der Meinung, dass es sich lohnt hier

zu investieren.

Im Weiteren finde ich es wichtig, dass Angebote (Pfadi, Verkehrskadetten, Sportvereine, usw.), in welchen Jugendliche Verantwortung übernehmen können, weiter gefördert und unterstützt werden.

Ursula Stoll: Bildungsthemen sowie die Digitalisierung interessiert mich. Meine Schwerpunktthemen sind: Bildung, Familie, Umwelt.

Nach der Spardebatte fragen sich viele: Wo darf man sparen, wo nicht? Was antwortest du?

Matthias Müller: Ich finde, man darf überall sparen, aber man muss bei den Schwächsten sehr vorsichtig und zurückhaltend sein. Der Staat muss nicht alles selber machen und es muss auch nicht goldgerändert sein.

Katja Niederhauser-Streiff: Für mich ist ganz klar, dass nicht bei Menschen, welche auf Unterstützung angewiesen sind (Menschen mit Behinderung, Spitex) gespart werden darf. Auch in der Bildung und bei der Pflege ist sparen kontraproduktiv. Zudem sollten keine Steuergeschenke mehr gemacht werden.

Patrik Locher: Ich finde es absurd, wenn beispielsweise grosse Unternehmen steuerlich entlastet werden, gleichzeitig jedoch an allen anderen Enden und Ecken gespart wird. Grundsätzlich finde ich es aber wichtig, dass durch das Entlastungsprogramm 2018 die Aufgaben des Kantons überprüft wurden. Wo sicher nicht sparen? Bei Bildung, Kinderschutz und Jugendförderung.



Matthias Müller: Wieso schafft es der Kanton Bern nicht, seine Verwaltung einzugrenzen und effizient zu gestalten?

Denise Steinacher: Es ist ein Luxus, wählen zu dürfen, wo man sparen möchte. Ich finde, man darf alle Staatsausgaben prüfen und überlegen, ob die Ausgaben A berechtigt, B eine gewünschte Entwicklung unterstützen und C mit dem aktuellen Budget vereinbar sind.

Elena Zink-Zaugg: Für mich geht es mehr um die Frage wo *wollen* wir sparen oder eben nicht. Es geht um Wertentscheidungen, die unsere Zukunft prägen. Viele der Sparmassnahmen im Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales will und kann ich nicht vertreten.

Sven von Gunten: Auf keinen Fall sollte man bei der Bildung sparen, da diese für uns alle wichtig ist und wir unsere Gesellschaft durch eine vielfältige und starke Bildung besser machen können.



Patrik Locher: Als Chemiker bin ich besonders an Energiefragen und der langfristigen Versorgung durch erneuerbare Energiequellen interessiert

Samuel Hilty: Auf keinen Fall gespart werden darf bei der Bildung(svielfalt). Ich erachtete es als wichtig, dass Jugendliche die Chance erhalten, sich durch Wahlfächer und weitere Angebote individuell zu entfalten.

Meiner Meinung nach gibt es jedoch Optimierungspotential bei der Verwaltung. Durch die zunehmende Digitalisierung gibt es einige Orte, wo viel gespart werden könnte. Mir ist bewusst, dass dies jedoch erst einmal etwas kosten wird, bevor die Erleichterung Wirkung hat.

Auch bei den kulturellen Förderungen lohnt es sich vielleicht, genauer hinzuschauen und gewisse Fördergelder (wenn berechtigt - Beispiel Reithalle) zu kürzen oder gar ganz zu streichen.

Ursula Stoll: Bei der Kultur.

Bernhard Zaugg: Die Frage des Sparens ist aus meiner Wahrnehmung momentan stark mit einem Misstrauen gegenüber der Regierung gekoppelt. Die Regierung lässt den stetigen Ausbau der Verwaltung zu. Dieses Wachstum ist nicht immer nachvollziehbar, weil auch nicht erkennbar ist, ob auch altes abgebaut wird. Die Spardebatte verlief daher aus meiner Wahrnehmung falsch. Sie hätte grundsätzlich in die Richtung «Sparen



Denise Steinacher: Ich finde man darf alle Staatsausgaben prüfen und überlegen, ob die Ausgaben A berechtigt, B eine gewünschte Entwicklung unterstützen und C mit dem aktuellen Budget vereinbar sind

beim eigenen Staatsbetrieb» ausgerichtet sein müssen und erst danach auf die verschiedenen Leistungsverträge. Nun spart der Kanton in seinem Paket mal ca. 20% intern und der Rest extern. Der Staat muss sich wieder mehr fragen, was seine Aufgabe ist und was gehört in die Privatwirtschaft.

Welches sind aus deiner Sicht die wichtigen Entscheide, die auf Stufe Gemeinde, Kanton und Bund anstehen?

Katja Niederhauser-Streiff:

Gemeinde: ist aktuell die Ortsplanungsrevision, welche nun im Parlament behandelt wird und anschliessend vors Volk kommt. Weiter ist die zunehmende Verschuldung der Gemeinde prekär.

Kanton: Kosten im Gesundheitswesen

Bund: Die Revision der Altersvorsorge muss endlich gelingen.



Ursula Stoll: Meine Schwerpunktthemen sind Bildung, Familie, Umwelt

Patrik Locher:

Gemeinde: Durch Annahme oder Ablehnung der Ortsplanungsrevision werden voraussichtlich in diesem Jahr die Weichen für die Zukunft von Köniz gestellt.

Kanton: Der wichtigste Entscheid wird durch die Stimmberechtigten des Kantons gefällt. Nämlich, welche Sitzverhältnisse während den nächsten vier Jahren im der Grossen Rat herrschen.

Bund: Eine folgenschwere Entscheidung, deren Tragweite viele nicht direkt wahrnehmen, ist im Zusammenhang mit der No-Billag-Initiative. Persönlich hoffe ich, dass sie abgelehnt wird, auch wenn ich viele Dinge an der SRG kritisiere.

Denise Steinacher:

Gemeinde: Wie kann Köniz gesund weiterwachsen? Mit sinnvollen Bau- und Verkehrsplanungen, zeitgemässen Schulen, gutem Anschluss an die Stadt, Pflege der Landschaft und Kultur, und schliesslich mit Steuern, die an die Schulden angepasst sind.

Kanton: Statt immer nur auf das Sparen, würde es mal nicht schaden, der Fokus auf das Investieren zu legen. Denn das macht der Kanton durchaus auch. Wenn wir das Wo Wieviel und Wozu weiterhin genau überlegen und Interessenabwägung machen, braucht es auch keine drastischen Sparübungen.

Bund: nicht zu viele, vielleicht im Moment berechnete Anliegen, die aber nicht generell für die ganze Schweiz und einen längeren Zeitraum gelten, in die Verfassung aufnehmen. Weniger über private Befindlichkeiten der Räte mutmassen und diskutieren, sondern zurück zum Kerngeschäft: ein Miteinander von Alt und Jung, Mann und Frau, Stadt und Land, reich und weniger gut bei Kasse, Bützer und Bünzli etc. ermöglichen.

Elena Zink-Zaugg:

Kanton: Für mich sind auf kantonaler Ebene die Grossratswahlen und unser potentieller zweite Sitz von grosser Bedeutung. Dies da ich durch mein Amt als Wahlkoordinatorin Bern-Mittelland Süd sehr viele kostbare PolitikerInnen kennen gelernt habe, die sich mit ihren individuellen Begabungen und Interessen für eine lösungsorientierte Politik einsetzen wollen und das mit ihrer Kandidatur bekräftigen.



Sven von Gunten: Bildung ist für mich ein sehr spannendes und wichtiges Thema

Bund: Am 4. März 2018 wird es auf Bundesebene um die Initiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren gehen. Dazu kann ich klar Nein sagen. Die meisten Menschen in der Schweiz profitieren in irgendeiner Weise vom Fernsehen oder Radio. Dafür soll auch bezahlt werden.

Sven von Gunten: «No Billag» könnte sich als wegweisend entpuppen. Ohne die Subventionierung von unabhängigen Medien mit Service-Public Auftrag, könnte sich die Berichterstattung in un-gute Richtungen entwickeln. Plötzlich kann jeder Sender die ausgehenden Informationen mit der gewünschten politischen Gesinnung «färben», was die freie Meinungsbildung massiv beeinträchtigen könnte.

Samuel Hilty: Ich denke, künftig werden uns Finanzen und Digitalisierung noch mehr beschäftigen und herausfordern.

Auf Bundesebene denke ich speziell an das Thema Netzneutralität, welches aus meiner Sicht für die Bevölkerung sowie Unternehmen essentiell wichtig ist, da einzig und allein grosse Provider vom Brechen der Netzneutralität profitieren würden.

Bernhard Zaugg: Es braucht eine Lösung im Gesundheitswesen, das für mehr Ausbildungsplätze



Samuel Hilty: Ich denke, künftig werden uns Finanzen und Digitalisierung noch mehr beschäftigen und herausfordern.

und bessere Kostentransparenz sorgt. Gemeinden engagieren sich wieder für die Sicherung der medizinischen Grundversorgung. Dabei sehe ich nicht Regulationen allein als richtig, sondern die entscheidende Ausbildung und Gewichtung der medizinischen und pflegerischen Leistungen. Weiter brauchen wir in der Integration und Förderung von Arbeitsplätzen eine zusätzliche Er-stärkung. Ein mir stark auf dem Herzen liegendes Thema ist auch die Entwicklungsarbeit. Da wird viel Geld investiert, das bei der Aussenbetrachtung nicht zielführend eingesetzt scheint.

Matthias Müller: In der Gemeinde Köniz steht nach immensen Ausgaben und aktuell wenig Eigenkapital eine Steuererhöhung zur Debatte. Diese, wenn überhaupt nötig, clever zu gestalten und zu optimieren ist Aufgabe der involvierten Amtsträger.

Beim Kanton finden im März Wahlen statt und es wäre wünschenswert eine ähnlich gute Ausgangslage für die konstruktive Mitte im Grossen Rat und in der Regierung zu erhalten, wie dies in Köniz der Fall ist. Liebe Könizer Stimmbürger, wählt die EVP in den Grossen Rat und Hans Kipfer in die Regierung und motiviert Euer Umfeld, die konstruktive Mitte weiter zu stärken!

Der Bund ist mir noch zu weit weg, ich schaue situativ, was kommt.



Elena Zink-Zaugg: In den Bereich Soziales gehört auch die offene und ehrliche Diskussion über Armut in der Schweiz und wie diese, unter anderem durch wirtschaftliche und arbeitsmarktliche Veränderungen, verstärkt oder gelindert werden kann